GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Deutsches Orient-Institut

Nummer 3
März 2006
4,- Euro
ISSN 1862-3611

NAHOST

Die palästinensischen Parlamentswahlen vom Januar 2006

Martin Beck

Bei den palästinensischen Parlamentswahlen am 25. Januar 2006 feierte die Hamas einen spektakulären Wahlsieg.

Analyse:

Welche Faktoren gaben den Ausschlag, dass entgegen allen Wahlprognosen die islamistische Hamas bei ihrer ersten Teilnahme bei nationalen Wahlen in Palästina mit 74 von 132 Sitzen die absolute Mehrheit der Mandate errang? Welche Rolle spielten hierbei interne und externe Faktoren?

- Das Wahlergebnis war primär ein Resultat innenpolitischer Präferenzen der palästinensischen Gesellschaft. Die Wahl für die Hamas kam dabei in erster Linie einer Absage an die Politik der Fatah gleich, während die Überzeugung für das Programm der Hamas eine vergleichsweise nachgeordnete Rolle spielte.
- Die Hamas hat die Wahlen vor allem deshalb gewonnen, weil es ihr gelang, sich als glaubhafte Alternative zur weitgehend reformresistenten und mit Vetternwirtschaft regierenden Fatah zu präsentieren, die überdies seit über fünf Jahren keine Verhandlungserfolge mit Israel vorzuweisen hat.
- Neben der Fatah haben indirekt Israel und auch westliche Akteure wie die USA und die EU unfreiwillige Wahlkampfhilfe für die Hamas geleistet.
- Die Aussicht, dass der seit Jahren siechende Friedensprozess wieder belebt und der Nahostkonflikt in absehbarer Zeit in Form einer von allen Seiten akzeptierten, friedlichen Koexistenz zweier Staaten beendet werden könnte, ist in weitere Ferne gerückt.

Key Words: Hamas, Palästina, Israel, Wahlen, Friedensprozess

1. Der Sieg der Hamas

Das Wahlergebnis (siehe Tabelle 1) reflektiert die Auseinandersetzung der beiden großen politischen Lager in den palästinensischen Gebieten: der bisher regierenden Fatah und der sie herausfordernden Hamas, die unter dem Namen *Wandel und Reform* antrat. Beide zusammen stellen gut 90 % der Abgeordneten im neuen Legislativrat, so dass allen anderen Gruppierungen kaum eine bedeutende Rolle zukommen wird. Erwartungsgemäß konnten sich weder die ehemals innerhalb der *Palästinensischen Befreiungsorganisation* (PLO) wichtige *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP), die den Osloer Verhandlungsprozess vehement ablehnt und auch militant bekämpft, noch das linke Bündnis *Die Alternative* profilieren. Auch der *Dritte Weg* konnte lediglich seine zwei prominenten Führungsfiguren ins Parlament entsenden: Salam Fayyad, der sich als Finanzminister insbesondere auch bei der westlichen Gebergemeinschaft einen herausragenden Ruf als seriöser Technokrat erworben hatte, sowie die ebenfalls international renommierte Literaturprofessorin und ehemalige Ministerin Hanan Ashrawi. Bemerkenswert erscheint, dass der von vielen westlichen Organisationen geförderte Mustafa al-Barghuthi, dem bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2005 mit knapp 20 % der Stimmen noch ein Achtungserfolg beschieden war, mit seiner Liste *Unabhängiges Palästina*, die eine Art Zentrumspartei bilden wollte, in der Bedeutungslosigkeit endete. Von den zahlreichen unabhängigen Kandidaten erzielten zwar einige beeindruckende Ergebnisse, durchzusetzen vermochten sich aber letztlich nicht mehr als vier.

Die beiden bedeutenden Meinungsforschungsinstitute Palästinas – das *Jerusalem Media and Communication Center* (JMCC) in Ostjerusalem und das *Palestinian Center for Policy and Survey Research* (PSR) in Nablus – hatten seit Beginn der *Al-Aqsa-Intifada* und der damit verbundenen Aufkündigung des Friedensprozesses übereinstimmend eine wachsende Anhängerschaft für die Hamas festgestellt, während die Popularität der Fatah seit Jahren gesunken ist. Gleichwohl sagten beide Institute für den Wahlgang im Januar 2006 einen zwar knappen, aber letztlich soliden Vorsprung der regierenden Fatah gegenüber der Hamas voraus.[1]

[1] Diese und alle folgenden Angaben zu repräsentativen Umfragen in Palästina sind unter www.jmcc.org und www.pcpsr.org zugänglich.

Tabelle 1: Sitzverteilung im neuen palästinensischen Parlament

Partei	Sitze bei der Listenwahl*	Sitze bei der Distriktwahl**	Sitze gesamt
Hamas	29	45	74
Fatah	28	17	45
PFLP	3	0	3
Der Dritte Weg	2	0	2
Die Alternative	2	0	2
Unabhängiges Palästina	2	0	2
Unabhängige Kandidaten	0	4	4
Gesamt	66	66	132

* Verhältniswahlrecht

** personalisiertes Mehrheitswahlrecht

Quelle: Zentrale Wahlkommission Palästina (www.elections.ps).

Allerdings wichen die Prognosen über die Stimmenanteile weniger stark vom tatsächlichen Ergebnis ab, als die Sitzverteilung dies suggeriert (siehe Tabelle 2), und ein genauerer Blick auf die Wahlresultate offenbart auch, dass die deutliche Mehrheit der Hamas im Legislativrat mit auf das Wahlsystem zurückzuführen ist. Die eine Hälfte der Abgeordneten wurde über starre Parteilisten auf Grund eines Verhältniswahlrechts bestimmt. Hier hatte das PSR in seiner letzten Umfrage wenige Tage vor der Wahl die Fatah mit 42 % vor der Hamas mit 35 % gesehen. Während das Ergebnis im Falle der Fatah fast punktgenau prognostiziert wurde, schnitt die Hamas mit über 44 % der Stimmen deutlich besser ab als vorhergesagt. Damit erzielte die Hamas aber lediglich einen Sitz mehr als die Fatah. Wäre der palästinensische Urnengang auf der Basis einer reinen Listenwahl mit Verhältniswahlrecht abgehalten worden, hätte die Fatah gute Chancen gehabt, entweder mit der Hamas auf Augenhöhe eine Regierung der „nationalen Einheit" oder mit den kleinen linken und bürgerlichen Parteien *Dritter Weg*, *Die Alternative* und *Unabhängiges Palästina* eine Koalition ohne die Hamas zu bilden.

Eine deutliche absolute Mehrheit der Sitze im Parlament erlangte die Hamas aufgrund ihres Erfolges bei den Distriktwahlen, über die die zweite Hälfte der Abgeordneten bestimmt wurde. Hier

wurden auf der Basis eines personalisierten Mehrheitswahlrechts, das kleinen Parteien kaum eine Chance ließ, in 16 Wahlkreisen je nach Bevölkerungsgröße zwischen einem und neun Abgeordneten je Wahlkreis gewählt.[2] Wie von den beiden Meinungsforschungsinstituten prognostiziert, konnten sich hier die beiden großen Parteien weitgehend durchsetzen, denn lediglich vier unabhängigen Kandidaten – so dem international renommierten Politologen und ehemaligen Minister Ziad Abu Amr – gelang es, eines der 66 Direktmandate zu erringen. Bei diesen Wahlen vermochte die Hamas viele überraschende Siege zu verzeichnen und gewann schließlich 45 der 66 Sitze, profitierte dabei allerdings nicht selten auch von geringen Vorsprüngen vor Kandidaten der Fatah.

Tabelle 2: Prognose von PSR und tatsächliches Ergebnis der Listenwahl

Partei	Stimmenanteil (Prognose PSR in %)	Stimmenanteil (amtliches Ergebnis in %)	Sitze
Hamas	35	44,45	29
Fatah	42	41,43	28
PFLP	5	4,25	3
Die Alternative	4	2,92	2
Unabhängiges Palästina	3	2,72	2
Der Dritte Weg	3	2,41	2

Quelle: PSR (www.pcpsr.org); Zentrale Wahlkommission Palästina (www.elections.ps).

Obwohl das komplizierte Wahlrecht faktisch insgesamt die Hamas begünstigte, ist dessen Ausgestaltung ironischerweise vor allem auf innerparteiliche Konflikte in der Fatah zurückzuführen. In einer intensiven Debatte über ein neues Wahlrecht im Jahre 2005 vermochte die Führung der Fatah die angestrebte Reform des Wahlrechts in Form eines reinen Verhältniswahlrechts mit starren Listen nicht gegen die „junge Garde" der Partei durchzusetzen. Da diese von den etablierten Kräften jahrelang von den Schaltstellen des Regierungsapparates ferngehalten worden war, fürchtete sie eine neuerliche Marginalisierung von oben. Ein Zerfall der Fatah konnte nur durch einen im Juni 2005 gefundenen Kompromiss verhindert werden, der populären Kandidaten der „jungen Garde" der Fatah unabhängig vom Votum der Führung eine Chance sichern sollte. Mit dem Versuch, ein Problem der mangelnden innerparteilichen Demokratie durch das Wahlrecht auszugleichen, bereitete die „junge Garde" der Fatah wider Willen den Weg für eine (überproportional hohe) Mehrheit der Hamas im Parlament.

2. Gründe für den Wahlsieg der Hamas

Das Ergebnis der palästinensischen Parlamentswahlen ist in ersten Kommentaren als Ausdruck einer Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft, zum Teil sogar als Menetekel gedeutet worden, dass die Realisierung der Unabhängigkeit Palästinas womöglich der Errichtung des ersten fundamentalistischen Staates im arabischen Raum unmittelbar an der Grenze zu Israel gleichkommen könnte. Eine solche Interpretation ist aus mehreren Gründen deutlich überzogen.

Erstens hat die Analyse der Wahlen vor dem Hintergrund des Wahlsystems ergeben, dass die Hamas ihre absolute Mehrheit im Parlament nicht zuletzt dem Wahlrecht verdankt. Eine im Februar 2005 vom JMCC erhobene Umfrage bestätigt dies, denn weniger als 40 % der Palästinenser gaben hier an, der Hamas zu vertrauen; der Fatah brachten immerhin gut 30 % das größte Vertrauen entgegen, wobei 15 % angaben, keiner politischen Gruppierung zu vertrauen.

Zweitens ist die These von der Radikalisierung insofern einzuschränken, als die Wahl nicht primär durch Fragen der Besatzungspolitik und des Umgangs mit Israel, sondern aufgrund von innenpolitischen Themen entschieden wurde. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass die Hamas mit der von einer zunehmenden Zahl von Palästinensern als überzeugend empfundenen Ablehnung des Osloer Vertragswerkes und auch mit ihrer von vielen Palästinensern als respektabel betrachteten Militanz gegenüber Israel den Grundstock ihrer Popularität gelegt hat. Nachdem aber bereits im Wahlkampf die hohe Bedeutung interner Fragen deutlich wurde, bestätigte sich das Primat innenpolitischer Fragen für die unmittelbare Wahlentscheidung bei der vom JMCC kurz nach den Wahlen durchgeführten Befragung über die Wahlmotive:

[2] Die Wähler wurden in 16 Distrikte eingeteilt: Jerusalem (6 Sitze), Jenin (4 Sitze), Tulkarem (3 Sitze), Tubas (1 Sitz), Nablus (6 Sitze), Qalqilya (2 Sitze), Salfit (1 Sitz), Ramallah und Al-Bireh (5 Sitze), Jericho (1 Sitz), Bethlehem (4 Sitze), Hebron (9 Sitze), Nordgaza (5 Sitze), Gaza (8 Sitze), Deir al-Balah (3 Sitze), Khan Yunis (5 Sitze) und Rafah (3 Sitze).

43 % der Hamas-Wähler wollten mit ihrer Stimme vor allem die Korruption beenden, wohingegen sie nur 19 % primär aus religiösen Gründen und 12 % in erster Linie wegen ihrer politischen Programmatik („political agenda“) wählten. Wäre bei der Wahl über das Programm der PLO bzw. der oppositionellen Hamas abgestimmt worden, hätten sich laut einer im Dezember durchgeführten Umfrage des JMCC 60 % für jenes der PLO und lediglich 28 % für das der Hamas entschieden.

Der Befund, dass die Besatzungspolitik von sekundärer Bedeutung für die Wahlentscheidung war, mag zunächst überraschen, denn nichts prägt den Alltag der palästinensischen Gesellschaft stärker als die israelische Politik. Dies gilt selbst für den von Israel 2005 geräumten Gazastreifen, weil die Palästinensische Autonomiebehörde auch weiterhin keine Kontrolle über dessen Außengrenzen ausübt. Dies schränkt vor allem die Ein- und Ausfuhr von Waren massiv ein, außerdem verfügt der Gazastreifen noch immer nicht über eine gesicherte Landverbindung zum Westjordanland und nach Israel, von dem es ökonomisch hochgradig abhängig ist. Auch ist sich die palästinensische Gesellschaft sehr wohl bewusst, dass Verhandlungen mit Israel unter einer von der Hamas geführten Regierung sehr viel schwieriger wären als unter Leitung der Fatah, weil die Fatah im Unterschied zur Hamas das Existenzrecht des Staates Israel in den Grenzen von 1949 förmlich anerkannt hat. Gleichwohl hatte die palästinensische Wählerschaft aufgrund der Erfahrungen seit Beginn der *Al-Aqsa-Intifada* keinen starken Anreiz, aus diesem Grund der Fatah den Vorzug zu geben: Seit über fünf Jahren hat die von der Fatah beherrschte Palästinensische Autonomiebehörde schlicht keine Verhandlungserfolge mehr vorzuweisen. Bis zum Tod von Präsident Yasir Arafat im November 2004 betrieb Israel mit großem Erfolg eine Isolationspolitik der Autonomiebehörde, die mit der Wahl von Mahmud Abbas zu dessen Nachfolger im Januar 2005 zwar förmlich beendet wurde, ohne aber die Grenzen einer auf symbolische Maßnahmen beschränkten Wiederannäherung zu überschreiten. Die einzige signifikante palästinapolitische Maßnahme Israels der jüngeren Zeit, die von einer Mehrheit der Palästinenser begrüßt wurde – der Abzug aus dem Gazastreifen im August 2005 –, wurde hingegen unilateral durchgeführt. Somit hatten weder die Fatah-Regierung unter Ministerpräsident Ahmad Qura'i noch Präsident Abbas die geringste Chance, ihrer Bevölkerung den Abzug der israelischen Armee aus dem palästinensischen Küstenstreifen als Erfolg ihrer Politik gegenüber Israel zu vermitteln. Zwar spricht auch kaum etwas für die von der Hamas reklamierte Deutung, dass der Abzug ein Ergebnis ihrer unnachgiebigen Haltung gegenüber Israel war, vielmehr ergriff der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon geschickt die Gelegenheit, der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere den USA, den Rückzug aus dem aus israelischer Sicht bevölkerungspolitisch, ideologisch und strategisch sekundären Gazastreifen als weit reichendes Zugeständnis zu vermitteln, um im Gegenzug durch den forcierten Ausbau der Sperranlage inmitten der besetzten Gebiete Ostjerusalem und weite Teile des Westjordanlandes so fest an Israel zu binden, wie dies noch keinem israelischen Ministerpräsidenten vor ihm gelungen war. Es nimmt aber nicht wunder, dass die Propaganda der Hamas, dass nämlich zwischen dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen und ihrer Militanz ein kausaler Zusammenhang bestehe, nach Jahren intensiver Ohnmachtserfahrungen bei weiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fiel.

3. Die innenpolitische Agenda

Wenn die Hamas ihre Mehrheit im Parlament durch einen Wahlkampf errungen hat, der auf innenpolitische Themen setzte, bedeutet dies nicht erst recht, dass sich in Palästina, das zumindest bis Ende der 1980er Jahre als das säkularste Land der arabischen Welt galt, ein tief greifender Wandel hin zu einer fundamentalistischen Gesellschaft vollzieht? Tatsächlich lässt sich seit Beginn der *Al-Aqsa-Intifada* in der palästinensischen Öffentlichkeit eine deutliche Tendenz der Zurückdrängung von Lebensweisen beobachten, die mit islamistischen Vorstellungen konfligieren. So ist es in Teilen der palästinensischen Gebiete für Frauen inzwischen kaum mehr möglich, die islamistischen Kleidervorschriften zu ignorieren, und Alkoholgenuss ist jenseits des Zentrums (Ostjerusalem, Ramallah und Bethlehem) aus dem öffentlichen Leben weitestgehend verbannt. Obgleich die Hamas mit Fragen der „islamischen“ Lebensführung durchaus Politik macht, gilt es aber zu betonen, dass sie sich als Partei im Wahlkampf stark auf einen Themenkomplex konzentrierte, der pikanterweise nicht zuletzt aufgrund einer US-amerikanischen Initiative einen prominenten

Platz auf der politischen Agenda in Palästina erhielt: *good governance*.

Seit einer am 24. Juni 2002 gehaltenen Grundsatzrede ihres Präsidenten George W. Bush prangerten die USA mit großem Nachdruck Missstände in der palästinensischen Regierungsführung an – und trafen damit durchaus den Nerv der palästinensischen Bevölkerung. So ergab eine im Dezember 2002 vom JMCC durchgeführte Meinungsumfrage, dass 83 % der Palästinenser der Autonomiebehörde Korruption vorwarfen. Bereits damals übertraf die Zahl der Palästinenser, die für die mangelnde Effizienz der Reformen den Mangel an Ernsthaftigkeit innerhalb der politischen Führung verantwortlich machten, jene, die die israelische Besatzung als Entschuldigung gelten ließen. Während sich der Druck der USA auf die palästinensische Regierung nach dem Tod Arafats tendenziell abschwächte, stand die politische Führung Palästinas seitens der eigenen Gesellschaft unter starkem Erwartungsdruck, eine erfolgreiche Reformpolitik durchzuführen.

Der palästinensischen Gesellschaft ging es im Januar 2006 in erster Linie darum, eine Regierungspartei abzuwählen, die ein autoritäres Regime repräsentierte, das auf Klientelismus und Vetternwirtschaft beruht. Eine Analyse der Faktoren, die die Wahlentscheidungen der Palästinenser maßgeblich beeinflusste, verweist weiterhin auf die Modernität der Wahlentscheidung. In einer im Dezember 2005 vom JMCC erhobenen Umfrage gaben über drei Viertel jener, die an der Wahl teilzunehmen beabsichtigten, auf die Frage nach dem Kriterium ihrer Entscheidung für einen Kandidaten dessen politische Orientierung („affiliation") oder persönliche Kompetenz an. Der religiöse Hintergrund hingegen spielte für weniger als 15 % eine entscheidende Rolle, und die geographische und familiäre Herkunft des Kandidaten waren nur für jeweils knapp über 3 % der Befragten von hoher Bedeutung.

4. Zur Rolle Israels und der internationalen Gemeinschaft

Die internationale Gemeinschaft reagierte auf das Wahlergebnis in Palästina schockiert. Abgesehen von der Überraschung über den Wahlausgang – auch bei allen seriösen Beobachtern und selbst bei der Hamas –, erklärt sich dieser vor allem aus der Sorge um die Chancen auf eine Wiederbelebung des Friedensprozesses. Diese Feststellung sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Israel und auch westliche Akteure einen unfreiwilligen Beitrag zur Stärkung der Hamas geleistet haben. Das 1993 im Osloer Verhandlungsprozess von der PLO und Israel initiierte System einer vorläufigen politischen Autonomie für die Palästinenser des Gazastreifens und des Westjordanlandes, aus der Ostjerusalem ausgeschlossen wurde, wäre ohne die massive politische und finanzielle Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde durch die internationale Staatengemeinschaft nicht möglich gewesen. In den 1990er Jahren beteiligten sich selbst die USA über Zahlungen an den Holst-Fonds der Weltbank an massiven Etathilfen für die Autonomiebehörde. Dabei war sich die internationale Gebergemeinschaft durchaus der Gefahr bewusst, dass direkte Etathilfe zur Entstehung einer autoritären, von der Gesellschaft abgehobenen Regierung führen kann, und nahm sich deshalb vor, eine Demokratisierung zu fördern. Ein ausgeklügeltes System wurde entwickelt, das die Vergabe der Etathilfe an klare Auflagen knüpfen sollte. Weshalb ist das Ziel, Palästina zu demokratisieren, dennoch nicht erreicht worden?

Angesichts der harschen Besatzungsrealität, die sich bereits kurz nach Umsetzung der in Oslo ausgehandelten Autonomieregelung vor allem in deutlich verstärkten Mobilitätsrestriktionen und einem Siedlungsboom nie gekannten Ausmaßes manifestierte, verlor der Friedensprozess in der palästinensischen Bevölkerung rasch an Rückhalt, und die von der Hamas, aber auch säkularen Gruppen getragene Opposition versuchte sich über die Kritik am Osloer Verhandlungsergebnis zu formieren. Dies blockierte das Regime unter Führung Arafats zum einen durch Repression, die nicht nur, aber vor allem die Islamisten traf. Zum anderen beschnitt die Autonomiebehörde auch Institutionen, durch die insbesondere auch die säkulare Opposition im formalen politischen System Einfluss geltend zu machen versuchte. Zu den wichtigsten Angriffszielen des Regimes bei der Schaffung eines autoritären Systems gehörten die in Palästina (im regionalen Vergleich) sehr starken zivilgesellschaftlichen Nichtregierungsorganisationen und das Parlament.

Die internationale Gemeinschaft stand in dieser Situation vor einem großen Dilemma zwischen Demokratisierung und Stabilisierung: Die Abhängigkeit der Autonomiebehörde und weiter Teile der palästinensischen Gesellschaft von

externen Hilfsmitteln hätte vom Westen genutzt werden können, um auf die Realisierung des Ursprungsziels zu drängen, in Palästina den Aufbau der ersten arabischen Demokratie zu fördern. Eine konsequente Demokratisierung hätte aber angesichts der fortgesetzten und in Teilbereichen sogar verschärften Ausübung der Besatzungsherrschaft das in Oslo mühsam ausgehandelte Vertragswerk in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund wurde durch die Unterstützung der Autonomiebehörde das Ziel der Demokratisierung jenem der Stabilisierung der Nahostregion nachgeordnet. Die EU hielt an diesem Kurs bis zu den Parlamentswahlen 2006 fest, wobei sich zu den strategischen Gründen seit Beginn der *Al-Aqsa-Intifada* auch humanitäre Gründe gesellten, denn ein Kollaps der Autonomiebehörde hätte nicht nur einer Wiederbelebung des Friedensprozesses eine zentrale institutionelle Grundlage entzogen, sondern auch für weite Teile der von der Autonomiebehörde materiell abhängigen Gesellschaft unabsehbare Folgen gehabt. Die USA hingegen entschieden sich nach Beginn der *Al-Aqsa-Intifada*, als Arafats strategische Bedeutung als Stütze des Friedensprozesses entfallen war, zu einem Politikwechsel: Im Jahre 2002 schlossen sie sich dezidiert der israelischen Strategie an, die Autonomiebehörde unter Arafats Leitung zu isolieren, und forderten vehement deren Demokratisierung. Zwar reagierten Teile der politischen Elite unter Führung Mahmud Abbas' insofern positiv auf diesen Druck, als sie sich für Reformen einsetzten. Zu Lebzeiten Arafats, aber auch nach seiner Wahl zum Präsidenten, blieben – trotz einiger Teilerfolge insbesondere im Bereich des Finanzsektors – die vorzeigbaren Reformergebnisse aber begrenzt. Ironischerweise war es die Hamas, die geltend machte, die ursprünglich stark von den USA unterstützte Agenda der *good governance* umsetzen zu wollen.

5. Auswirkungen auf den Friedensprozess

Auch wenn der Wahlausgang wesentlich durch innenpolitische Faktoren bedingt war, wird er Konsequenzen für den Fortgang des Friedensprozesses haben. Die erste offizielle Reaktion des aus den USA, den Vereinten Nationen, der EU und Russland bestehenden Nahostquartetts vom 30. Januar 2006 war noch insofern von der für diesen Zusammenschluss typischen Ausgewogenheit bzw. – aus kritischer Sicht – Verschwommenheit gekennzeichnet, als friedenspolitischen Forderungen an die palästinensische wie israelische Seite ein Glückwunsch an die Palästinenser zu einem freien, fairen und sicheren Wahlgang voranging. Während Russland diesen Kurs in den ersten Wochen nach dem palästinensischen Urnengang beibehielt, warteten prominente westliche Regierungen, insbesondere die der USA, aber auch Deutschlands, rasch mit der ultimativen Forderung auf, dass Verhandlungen mit einer von der Hamas geführten Regierung zur Voraussetzung hätten, dass diese zuvor jeglicher Militanz gegenüber Israel abzuschwören und den jüdischen Staat förmlich anzuerkennen habe. Damit übernahmen die westlichen Akteure weitgehend die israelische Sichtweise, dass die Bestellung einer von der Hamas geführten Regierung der Transformation der Autonomiebehörde in eine „Terrorbehörde" gleichkomme.

Die USA beendeten damit einen Konflikt mit Israel, der sich in der Phase vor dem Wahltermin entwickelt hatte. Da absehbar war, dass die Hamas bei den Wahlen einen hohen Stimmenanteil erzielen würde, wurden in Israel 2005 Stimmen laut, den nach etlichen Verzögerungen für den Juli 2005 anberaumten und schließlich auf den Januar 2006 verlegten Urnengang neuerlich zu verschieben. Angesichts des absehbaren Verlustes ihrer hegemonialen Rolle im palästinensischen Parteiensystem gab es durchaus auch in der Fatah einflussreiche Kräfte, die diese Position teilten. Die USA schlossen sich dem jedoch nicht an: Wie im Zusammenhang mit dem Besuch Abbas' in Washington im Oktober 2005 entschieden wurde, sollten die Wahlen trotz eines zu erwartenden hohen Stimmenanteils der Hamas stattfinden, denn es war angesichts des stetigen Popularitätsverlustes der Fatah und der fehlenden Aussicht auf Fortschritte im Friedensprozess nicht zu erkennen, wie sich Abbas und die Fatah die für eine produktive Regierungstätigkeit notwendige Legitimität erwerben sollten, ohne sich dem Wähler zu stellen. Für Washington stand darüber hinaus einmal mehr die Glaubwürdigkeit seiner seit der *Greater Middle East Initiative* 2004 propagierten Doktrin einer Demokratisierung des Vorderen Orients auf dem Spiel (ICG 2006: 29f.).

Ungeachtet dessen, dass Israel sich der US-amerikanischen Position schließlich beugte, wurde hier stärker die Gefahr wahrgenommen, dass die Wahlen die Legitimität der Hamas erhöhen würden. Aus dieser Motivation heraus behinderte Israel die Hamas im Wahlkampfjahr 2005 massiv

durch Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen von Führungsfiguren, als es neben der Vorbereitung auf die nationalen Wahlen in mehreren Runden auch um Stimmen bei Kommunalwahlen ging (ICG 2006: 7-9). Zwar unterlagen alle Parteien weit reichenden israelischen Restriktionen beim Wahlkampf in dem von Israel annektierten Ostjerusalem, der Hamas aber wurde die Teilnahme daran grundsätzlich untersagt. Nachdem Israel wochenlang mit einem Verbot der Wahlen in Ostjerusalem gedroht hatte, sofern sich die Hamas daran beteiligen sollte, beschloss das israelische Kabinett erst zehn Tage vor der Wahl, die Ostjerusalemer an den Wahlen teilnehmen zu lassen. Ohne eine solche Regelung, die bereits bei den ersten palästinensischen Wahlen 1996 angewendet worden war, hätte die Autonomiebehörde einen auch aus Sicht der Palästinenser legitimen Grund gehabt, den Urnengang auch kurzfristig noch abzusagen.

Ein Blick auf das Ergebnis der Wahlen im Distrikt Jerusalem belegt, dass Israels Strategie der Behinderung des Wahlkampfes der Hamas nicht gefruchtet hat: Die vier von der Hamas ins Rennen geschickten Kandidaten ließen alle Konkurrenten hinter sich und erreichten angesichts der christlichen Quotensitze mit vier Direktmandaten ein nahezu perfektes Ergebnis.[3] Gleichwohl ist Vorsicht geboten, den Erfolg der Hamas in Jerusalem primär als Trotzreaktion gegen Israels Strategie zu deuten, die Hamas im Wahlkampf zu schwächen. Entscheidend für den Wahlausgang in dem von palästinensischer Seite als Hauptstadt reklamierten Ostjerusalem war, dass die israelische Regierung simultan zu den Vorbereitungen des Abzugs aus dem Gazastreifen die Siedlungspolitik insbesondere in und um Ostjerusalem intensivierte und die Trennung vom Westjordanland verstärkte, so dass sich Ostjerusalem zu einem „Pulverfass“ (ICG 2005: 1) entwickelte.

6. Herausforderungen für den Westen

Als alle Befürchtungen über die Stärke der Hamas durch den Wahlausgang übertroffen wurden, schlossen die westlichen Akteure die Reihen mit Israel. Die Kosten dieser bedingungslosen Parteinahme sind beachtlich. Erstens hat aus arabischer Sicht die westliche Forderung nach Demokratisierung der arabischen Welt durch die Reaktion auf das palästinensische Wahlergebnis deutlich an Glaubwürdigkeit verloren.[4] Damit zusammenhängend hat die westliche Gemeinschaft ein Interesse daran, dass sich die Befürchtung von der größten Krise des palästinensischen Nationalismus seit ihrem Bestehen nicht ausgerechnet als Ergebnis demokratischer Wahlen bewahrheitet (vgl. Baumgarten 2005: 25). Zweitens könnte sich die Drohung, die finanzielle Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde einzustellen, insofern als kontraproduktiv erweisen, als regionale Akteure (wie der Iran) in die Bresche springen könnten, was einem Verlust westlichen Einflusses auf Palästina gleichkäme. Drittens schließlich droht der seit Jahren anhaltende Stillstand im Friedensprozess zu einem Dauerzustand zu werden. Vor diesem Hintergrund hätte Europa eine sehr viel schwerwiegendere diplomatische Niederlage zu gewärtigen als die USA: Die EU hat sich seit den 1980er Jahren kohärent durch die Position profiliert, das legitime Existenzrecht Israels nicht gegen das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung auszuspielen. Somit wäre es konsequent und begrüßenswert, wenn die EU effektiv darauf hinzuwirken versuchte, dass die zukünftige palästinensische Regierung Israel explizit anerkennt. Mit nicht geringerem Nachdruck aber sollte das zweite große europäische Anliegen im Nahostkonflikt verfolgt werden, nämlich das Ende der israelischen Besatzung Palästinas.

Literatur

Baumgarten, Helga (2005): The Three Faces/Phases of Palestinian Nationalism, 1948-2005, in: Journal of Palestine Studies, Berkeley, 34.4, S. 25-48.

ICG (International Crisis Group) (2005): The Jerusalem Powder Keg (Middle East Report No. 44, 2.8.2005), unter: www.crisisweb.org.

ICG (2006): Enter Hamas. The Challenges of Political Integration (Middle East Report No. 49, 18.1.2006), unter: www.crisisweb.org.

[3] Außer in Jerusalem sind auch in Bethlehem zwei Sitze und in Gaza und Ramallah/Al-Bireh je ein Mandat den Christen vorbehalten, womit dieser Minderheit eine ihren Bevölkerungsanteil deutlich übersteigende Quote zukommt.

[4] Siehe die Beiträge des Bitterlemon Roundtable „Regional Ramifications of the Palestinian Elections“, zugänglich unter: www.bitterlemons-international.org.

Der Autor

PD Dr. Martin Beck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut (DOI) des GIGA. Zurzeit vertritt er eine W3-Professur für Internationale Beziehungen an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg.
E-Mail: beck@giga-hamburg.de, Website: www.giga-hamburg.de/doi/beck

Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Der arabisch-israelische Konflikt sowie die internen Entwicklungen in Palästina und Israel gehören zu den Schwerpunktthemen des DOI und finden gleichzeitig in vergleichender Perspektive im GIGA-Forschungsschwerpunkt „Gewaltdynamiken und Sicherheitskooperation" vertiefende Beachtung.

DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Beck, Martin (2000), The External Dimension of Authoritarian Rule in Palestine, in: Journal of International Relations and Development, Ljubljana, 3.1, S. 47-66.
– (2002), Friedensprozeß im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
– (2004), Prospects for and Obstacles to Achieving a Viable Palestinian State. What Can an Actor With Inferior Power Capabilities Do in a Graduated Prisoner's Dilemma?, Birzeit: Birzeit University.
– (2006), Germany and the Israeli-Palestinian Conflict, in: Hanns W. Maull (Hrsg.): Germany's Uncertain Power. Foreign Policy of the Berlin Republic, Houndmills: Palgrave Macmillan, S. 260-272.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien ist einer der größten europäischen Think Tanks für *area studies* und *vergleichende area studies*. Thematisch befasst sich das GIGA mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Afrika, Asien, Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie mit globalen Herausforderungen. Die Umstrukturierung des vormaligen Deutschen Übersee-Instituts ist inzwischen weit fortgeschritten und verbessert die Möglichkeiten, Forschungsergebnisse in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zu vermitteln. Neben den etablierten Regionalinstituten (Deutsches Orient-Institut, Institut für Afrika-Kunde, Institut für Asienkunde, Institut für Iberoamerika-Kunde) sorgen drei neue übergreifende Forschungsschwerpunkte für einen regional vergleichenden Blick auf zentrale Phänomene einer zunehmend globalisierten Entwicklung, die gleichzeitig Chancen und Probleme in sich birgt.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom Deutsches Orient-Institut redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.
Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler
Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Deutsches Orient-Institut